Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift

Band: 25 (1921)

Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Illustrierte Rundschau

Sommer in Oetwil a. See (Kt. Zürich). Phot. A. Krenn, Zürich.

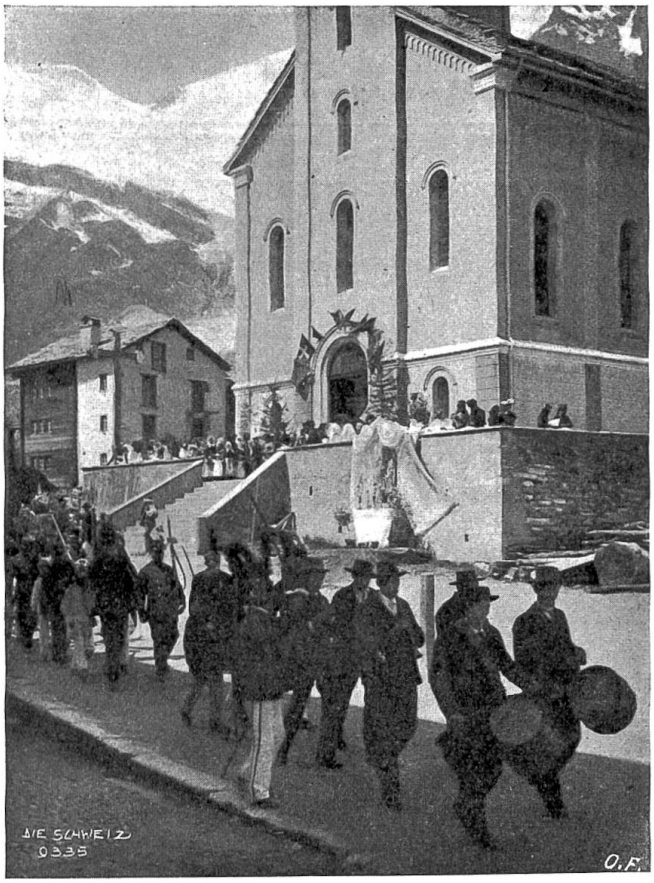
Politische Uebersicht.

Zürich, 25. Mai 1921.

Das Wiedergutmachungsproblem besteht zwar praktisch heute noch; theoretisch aber hat es seit unserm letzten Monatsbericht dadurch eine Klärung erfahren, daß die deutsche Reichsregierung die Forderungen der Entente bedingungslos annahm. Hiezu bedurfte es einer neuen Regierung in Deutschland; denn der Außenminister Dr. Simons hatte sich schon in der ersten Londoner Konferenz derart festgelegt, und die Amerika zur Weiterleitung an die Alliierten übergebenen deutschen Vorschläge, die wir noch in letzter Nummer mitteilten, fanden — vor allem natürlich in Frankreich — eine so schroffe Ablehnung, worauf auch die Vereinigten Staaten erklärten, diese Vorschläge böten keine geeignete Grundlage zu Verhandlungen, daß Dr. Simons nichts anderes übrig blieb, als seine Demission einzureichen, und das Kabinett Fehrenbach, das sein Vorgehen gebilligt hatte, ebenfalls zur Rücktrittserklärung sich veranlaßt sah. Diese erfolgte am 5. Mai.

Am selben Tage beschloß der Oberste Rat in London eine gemeinsame Erklärung der Alliierten an die deutsche Regierung, die durch ihre Befristung und die Forderung bedingungsloser Annahme den Charakter eines Ultimatums trug. Diese dem deutschen Botschafter in London übergebene Note hat folgenden Wortlaut:

„Die Alliierten konstatieren, daß trotz den aufeinanderfolgenden Konzessionen, die seit dem Abschluß des Friedensvertrages von den Alliierten gemacht wurden, und trotz den in Spa und Paris beschlossenen Mahnungen und Sanktionen, sowie den in London notifizierten und seither angewandten Sanktionen die deutsche Regierung weiterhin in der Erfüllung der Verpflichtungen rückständig ist, die ihr gemäß Friedensvertrag von Versailles zufallen und die sich beziehen auf: 1. Die Entwaffnung; 2. die Bezahlung der 12 Milliarden Goldmark, die gemäß Art. 235 des Vertrages auf



Prozession in Saas-Fée.

den 1. Mai 1921 fällig werden und zu deren Bezahlung auf diesen Zeitpunkt die Reparationskommission sie bereits aufgefordert hat; 3. die Aburteilung der Schuldigen unter den Bedingungen, wie sie durch die alliierten Noten vom 13. Februar und 7. Mai 1920 neu stipuliert worden waren, und 4. gewisse andere wichtige Fragen, namentlich diejenigen, die durch die Art. 264 bis 267, 269, 273, 321, 322 und 327 des Vertrages aufgeworfen werden.

Sie beschließen: a) Von heute an alle vorbereitenden Maßnahmen an die Hand zu nehmen, die zur Besetzung des Ruhrtales durch die alliierten Streitkräfte unter den unter Lit. d aufgeführten Bedingungen notwendig sind. b) Gemäß Art. 233 des Vertrages die Reparationskommission einzuladen, der deutschen Regierung unverzüglich die Fristen und Modalitäten, unter denen sich Deutschland der Gesamtheit seiner Schuld zu entledigen hat, zu notifizieren und ihren diesbezüglichen Beschluß der deutschen Regierung spätestens am 6. Mai bekannt zu geben. c) Die deutsche Regierung aufzufordern innert einer Frist von sechs Tagen vom Empfang des obgenannten Beschlusses ab gerechnet, kategorisch ihren Beschluß zu erklären: 1. Ohne Vorbehalte und bedingungslos ihre Verpflichtungen, so, wie sie von der Reparationskommission definiert werden, zu erfüllen; 2. ohne Vorbehalte und bedingungslos die Garantien anzunehmen und zu verwirklichen, die von der Reparationskommission im Hinblick auf die deutschen Verpflichtungen vorgeschrieben werden; 3. ohne Vorbehalte und ohne Verzögerung die Maßnahmen betreffend die Entwaffnung zu Lande, zur See und in der Luft durchzuführen, die der deutschen Regierung durch die alliierten Mächte mit Schreiben vom 29. Januar 1921 notifiziert wurden; die Maßnahme, deren Ausführungsfrist bereits abgelaufen ist, unverzüglich zu vervollständigen, die andern auf die festgesetzten Zeiten durchzuführen; 4. ohne Vorbehalte und ohne Aufschub zur Aburteilung der Kriegsverbrecher, sowie zur Ausführung der andern Teile des Friedensvertrages zu schreiten, denen noch nicht Genüge geleistet wurde und die im ersten Paragraphen dieser Note erwähnt sind. d) Am 12. Mai zur Besetzung des Ruhrtales zu schreiten und alle nötigen militärischen und navalen Maßnahmen zu ergreifen, sofern die deutsche Regierung oberwähnte Bedingungen nicht erfüllt. Diese Besetzung wird solange dauern, bis Deutschland die unter Lit. c aufgeführten Verpflichtungen erfüllt hat.

London, den 5. Mai 1921.

Gez: Lloyd George, Briand, Sforza, Jaspar, Hayashi."

In Berlin bestand nun die Notwendigkeit, eine neue Reichsregierung zu bilden, und zwar vor Ablauf der angesetzten Frist von sechs Tagen, — eine Reichsregierung, die die den Mut hätte, das Ultimatum der Entente bedingungslos anzunehmen; denn eine andere Entscheidung war fast unmöglich. Endlich gelang es in letzter Stunde dem Zentrumsmanne Dr. Wirth, ein Kabinett zu bilden und somit den Reichskanzlerposten, auf den ihn der Reichspräsident Ebert berufen, anzutreten. Das neue Reichskabinett, das am 10. Mai zustande kam, besteht aus folgenden Ministern:

Reichskanzler und vorläufiger Minister des Auswärtigen der bisherige Finanzminister Wirth (Zentrum); Vizekanzler und Schatzminister der ehemalige Reichskanzler Gustav Baur (Sozialdemokrat); Justizminister Schiffer (Demokrat); Wirtschaftsminister Robert Schmid (Sozialdemokrat); Minister des Innern Gradnauer (Sozialdemokrat), der ehemalige sächsische Ministerpräsident, jetzt Ministerialrat in der sächschen Gesandtschaft in Berlin; Wiederaufbauminister der Gewerkschaftsführer Silberschmidt (Sozialdemokrat). Die nachstehenden Ministerien behalten ihre bisherigen Leiter: Reichswehrministerium Geßler (Demokrat); Arbeitsministerium Brauns (Zentrum); Ernährungsministerium Hermes (Zentrum); Postministerium Gisberts (Zentrum); Verkehrsministerum Gröner (parteilos).

Sofort trat der Reichstag zusammen, und der neue Kanzler empfahl den Abgeordneten in eindringlicher Rede, zur Vermeidung der Besetzung des Ruhrtales das Ultimatum der Alliierten anzunehmen. Nach längerer Debatte, in der sich die Redner des Zentrums, der demokratischen und der sozialdemokratischen Fraktionen für Annahme, die der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen gegen diese aussprachen, beschloß der Reichstag mit 221 gegen 175 Stimmen (bei einer Enthaltung) die Annahme. Am 11. Mai wurde dem deutschen Botschafter Sthamer in London zur Uebermittlung an Lloyd George folgende Note telegraphisch zugesandt:

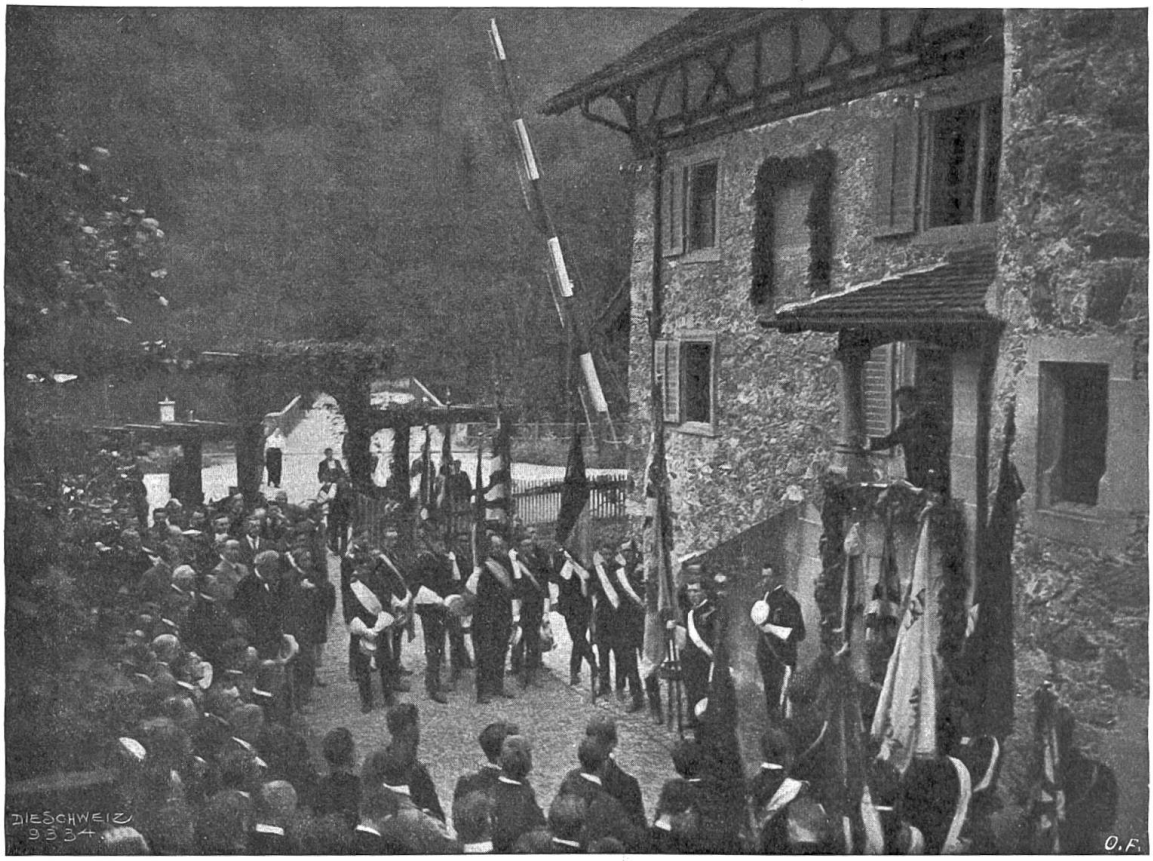
„Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf den Beschluß der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 im Namen der neuen deutschen Regierung folgendes wie verlangt zu erklären: Die deutsche Regierung ist entschlossen: 1. Ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen, wie

sie von der Reparationskommission festgesetzt sind, zu erfüllen. 2. Ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantiemaßnahmen anzunehmen und zu verwirklichen. 3. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die in der Note der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 ratifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind. 4. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen und die übrigen unerfüllten, im ersten Teil der Note der Alliierten vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen."

Diese unter der Drohung einer Mobilisation in Frankreich und Bereitstellung französischer Truppen an der Grenze beschlossene Erklärung dürfte zu den bedeutungsvollsten Ereignissen seit dem Friedensschlusse von Versailles zählen. Ob das Deutsche Reich die Verpflichtungen*) wird einlösen können, oder ob schließlich die Besetzung des Ruhrgebietes doch noch Tatsache wird, ist freilich eine Frage, deren Beantwortung noch im dunkeln Schoß der Zukunft liegt. Jedenfalls ist es der neuen Regierung in Berlin, hauptsächlich dem Reichskanzler Dr. Wirth, ernst mit der Einlösung des Versprechens, und Briands Erklärung in der französischen Kammer vom 24. Mai drückt ein Vertrauen in diesen Politiker aus, das im Munde eines Ministerpräsidenten von Frankreich nicht ohne Bedeutung ist: „Heute aber sage ich Ihnen in aller Freiheit und Loyalität, was ich denke: Ich denke, daß Dr. Wirth, der sich auf eine von der gestrigen verschiedene Reichstagsmehrheit stützt, bis jetzt den Beweis einer großen Offenheit und Loyalität gegeben hat." Daß die nationalistische Hetzpresse in Deutschland diese Aeußerung gegen die ihr mißliebige Regierung ausschlachtet, ist ein trauriges Charakteristikum der Kreise, die nichts, aber auch gar nichts aus den bisherigen Ereignissen gelernt haben und durch ihr unverantwortliches Gebaren der Regierung die Erfüllung ihrer harten Pflichten nur erschweren. Vertrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Politik ist aber der einzige Weg zu einer Verständigung, die so dringend nötig wäre. Wir zweifeln auch nicht, daß Frankreich noch einmal froh sein wird, daß England zu London sich ins Zeug legte, um zu verhindern, daß die an der Grenze des Ruhrgebietes bereitgestellten 200,000 Mann französischer Truppen sofort nach Ablauf des Monats April die Grenze überschritten.

*) Die Zahlungsbedingungen der ungeheuren Wiedergutmachungsschuld sind von der Reparationskommission für Deutschland etwas günstiger gestellt worden; auf die Auslieferung des Goldschatzes der Reichsbank wird verzichtet.

Auffahrtsumritt in Beromünster. Phot. A. Krenn, Zürich.



Die Feier der Zürcher „Zofingia" im Sihlwald (21. Mai). Feierliche Enthüllung und Einweihung der Salomon Geßner-Gedenktafel. — Ansprache von Dr. Diggelmann, Präsident der Zürcher Alt-Zofingia. Phot. A. Krenn, Zürich.

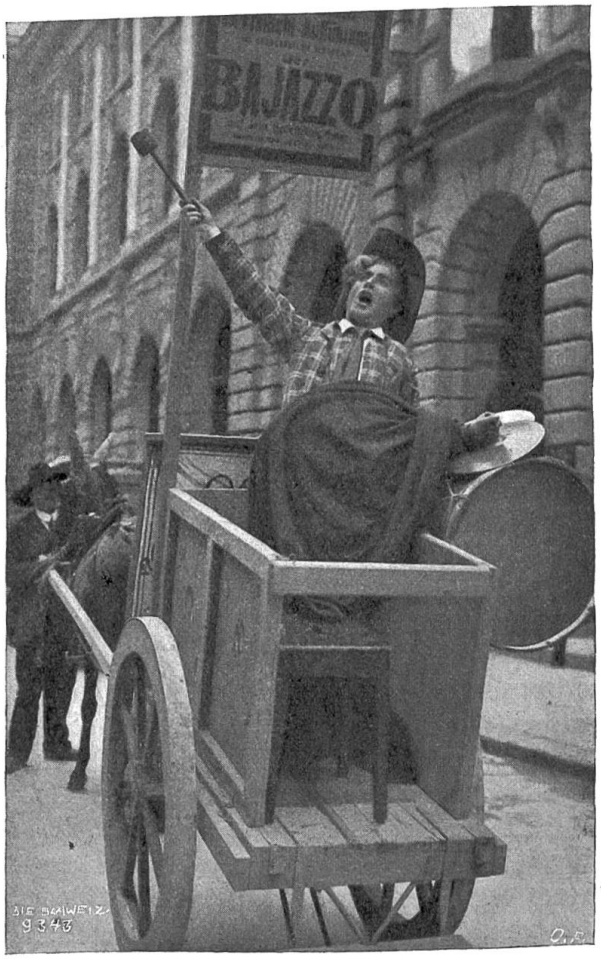
Immerhin hängen noch Wetterwolken genug am politischen Himmel. Gerade als in Berlin die Regierungskrisis eingetreten war, wurde durch ein Extrablatt der „Oberschlesischen Grenzzeitung", des deutsch geschriebenen Organes des Plebiszitkommissärs Korfanty die falsche Meldung verbreitet, das ganze Bergwerkgebiet Oberschlesiens sei von den Alliierten Deutschland zugeteilt worden. Diese Meldung gab das Signal zu einem Aufstand polnischer Freibeuter in Oberschlesien, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Korfanty durch ein fait accompli die Teilung Oberschlesiens durch die Alliierten beeinflussen wollte. Aus Polen sollen den Insurgenten Waffen geliefert worden sein; unter den Aufständischen waren solche in polnischer Uniform, die aus Polen herbeigeeilt waren. Die interalliierte Kommission in Oberschlesien war un-

Pfingstrennen 1921 in Frauenfeld: Hauptmann Kuhn mit „Gerko". 1. Preis.
Phot. J. Bär, Söhne, Frauenfeld.

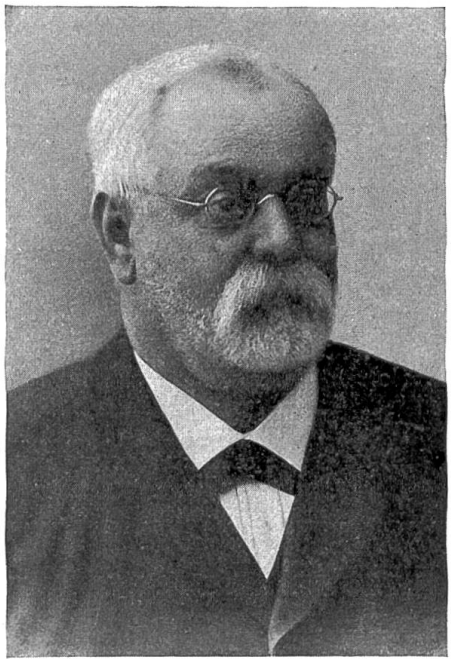
Zürcher Theatertag: Straßenleben. Der Schneiderwagen. Phot. A. Krenn, Zürich.

fähig, die Ordnung wieder herzustellen, wohl hauptsächlich deshalb, weil vor einiger Zeit die englischen Besatzungstruppen zurückgezogen worden waren und die französischen Kräfte eine auffallende Lässigkeit in der Niederschlagung der Insurrektion an den Tag legten; so hatten die Italiener, die nicht ohne beträchtliche Opfer gegen die Aufständischen vorgingen, einen recht schweren Stand. Deutschland verlangte in einer Note an die Alliierten mit Recht energische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung, und erinnerte an die Pflichten, welchen die interalliierte Kommission laut Friedensvertrag nachzukommen habe.

Die Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten über die Zuteilung oberschlesischer Gebiete an Deutschland und Polen, die schon zuvor bestanden, haben wohl den Polen im Abstimmungsgebiet einigen Mut gemacht. Während nämlich Frankreich am liebsten das ganze Gebiet den von ihm stark protegierten Polen überließe, neigen England und Italien zur Ansicht, die Bezirke Pleß und Rybnick östlich der Oder, die mehrheitlich polnisch gestimmt hatten, seien Polen zuzuteilen; die Gebiete westlich des Flusses aber Deutschland. Hatte sich schon in der Londoner Konferenz wegen der Besetzung des Ruhrgebietes eine Verstimmung zwischen Frankreich und England bemerkbar gemacht, so drohte jetzt infolge der Divergenzen in der oberschlesischen Frage eine bedenkliche Krisis im Bundesverhältnis zwischen den zwei Mächten auszubrechen, besonders, nachdem der englische Premier Lloyd George zuerst am 8. Mai in einer Rede zu Maidstone, dann



Zürcher Theatertag: Straßenleben. Bernardo Bernardi lädt zu der Freilicht-Aufführung des Bajazzo ein. Photo der Karten-Zentrale Zürich.



† Alt Regierungsrat J. Lutz (s. S. 360).

im Unterhause, sehr temperamentvoll gegen Polen auftrat und erklärte, wenn nicht sofort Verstärkungen ins Aufstandsgebiet geschickt würden, so wäre zu überlegen, ob man nicht Deutschland gestatten sollte, sich an der Wiederherstellung der Ordnung zu beteiligen. Ja er ließ durchblicken, daß auch die Entente keineswegs für alle Ewigkeit geschaffen sei und neue Freundschaften neue Verhältnisse in Europa schaffen könnten. Daß er an den historischen Ansprüchen Polens auf oberschlesische Gebiete zweifelte, weil diese vor 600 Jahren von den Deutschen erobert worden seien, erinnerte allerdings bedenklich an die Argumente der Deutschen für die Annexion Elsaß-Lothringens. Scharfe Antworten erfolgten aus Frankreich, wo besonders gegen eine Beteiligung reichsdeutscher Truppen in Oberschlesien heftig opponiert wurde; die Presse beider Länder vertrat sehr energisch deren Standpunkte, und daß sich die Front gegen Deutschland wieder schloß, ist wohl in erster Linie deutschen, hauptsächlich bayrischen Freiwilligen zu verdanken, welche die Grenze überschritten, um den deutschen Brüdern zu helfen. Sowohl Polen als Deutschland wurden nun von den Alliierten Noten zugestellt, welche die Sperrung der Grenze gegen Oberschlesien verlangten, und Korfanty versprach, seine Kräfte zurückzuziehen, während Deutschland erklärte, strenge Maßnahmen gegen den Uebertritt von Freischaren treffen zu wollen und sofort zur Tat schritt. Nach einigem Zögern scheint nun auch der oberschlesische Revolutionsgeneral die Oberhoheit der interalliierten Kommission anerkennen zu wollen und nachzugeben; wohl eine Folge des vom deutschen Selbstschutz in Oberschlesien (nicht Freiwilligen aus Deutschland) unterstützten geschlossenen Vorgehens der alliierten Besatzungstruppen, denen am 22. Mai noch vier Bataillone englischer Infanterie zu Hilfe geschickt worden sind. Eine Konferenz des Obersten Rates wird in nächster Zeit die schwierige Aufgabe der Zuteilung Oberschlesiens zu lösen haben. Eine Beteiligung deutscher Reichswehr wäre allerdings gefährlich gewesen; leicht hätte daraus ein Konflikt mit Polen und noch Schlimmeres entstehen können.

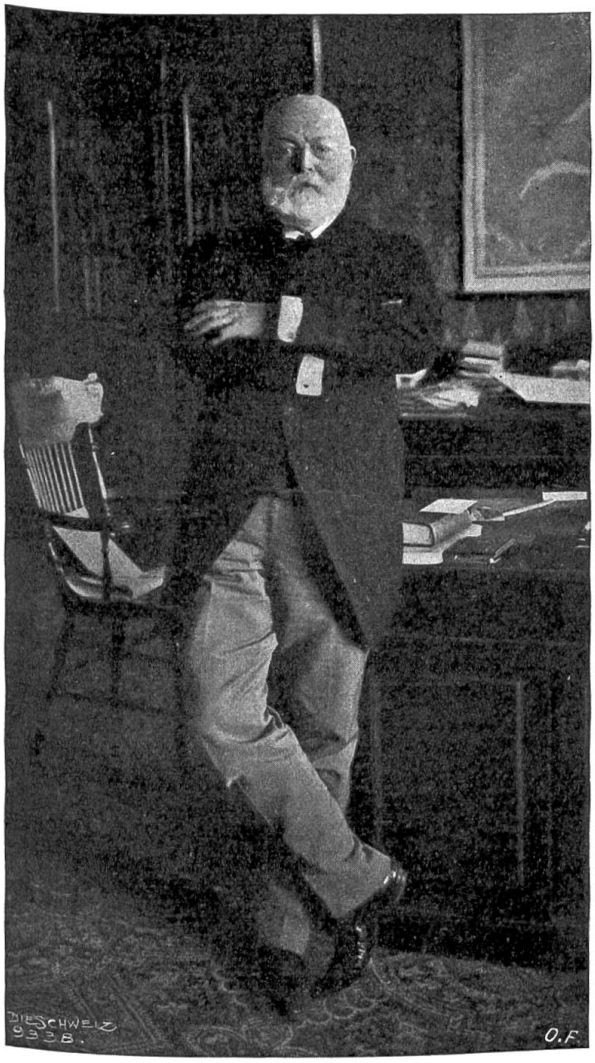
Der neue deutsche Reichskanzler, dem Briand das Vertrauen der französischen Regierung aussprach, Dr. Wirth, stammt aus Freiburg i. B., wo er am 6. September 1879 geboren wurde. Er studierte Mathematik, Naturwissenschaften und Nationalökonomie, war zuerst Gymnasialprofessor und von 1911 an Stadtverordneter in Freiburg, kam 1913 in den Landtag, 1914 in den Reichstag, und wurde 1918 badischer Finanzminister. 1919 saß Wirth in der badischen und deutschen Nationalversammlung, und als Nachfolger Erzbergers übernahm er schließlich das Reichsfinanzministerium. Er gilt als Mann von aufrichtigem, offenem Wesen, und scheint den ehrlichen Willen zu haben, die eingegangenen Verpflichtungen nach Möglichkeit einzulösen. Daß auch Bayern hinsichtlich der Auflösung der Selbstschutzorganisationen, die bis zum 30. Juni vollzogen sein soll, eine größere Nachgiebigkeit als bisher an den Tag zu legen scheint, dürfte für die neue Reichsregierung eine wesentliche Erleichterung bedeuten. Dr. Wirth hatte bisher als Reichskanzler auch die auswärtige Politik des Reiches besorgt. Nun ist in der Person des 66 Jahre alten Dr. Rosen vor ein paar Tagen ein neuer Außenminister ernannt worden, der als Vertreter der demokratischen Richtung gilt.

In konsularischen Stellungen weilte er einen großen Teil seines Lebens im Orient, war Gesandter in Tanger, Bukarest, Lissabon und zuletzt im Haag. Er ist auch als Schriftsteller bekannt; seine Nachschöpfungen orientalischer Dichtungen sind als treffliche Leistungen geschätzt.

* * *

Daß man sich in Frankreich in der Zonenfrage zu einigem Entgegenkommen bequemte, sei hier festgestellt. Wieweit man zu gehen gedenkt, wollen wir abwarten. Am 24. Mai haben sich die Delegationen in Bern an die neuen Verhandlungen gemacht. Es verlautet nichts von einer Aufgabe des Zollkordons an der politischen Grenze. Ein erster Teil der französischen Vorschläge hat mit Kündbarkeit nach zehn Jahren nur kommerziellen Charakter. Dann sollen sie einen zweiten Teil enthalten, der unbefristete Bestimmungen enthält und nur bei gegenseitigem Uebereinkommen abgeändert werden darf. Im Genfer Bahnhof soll ein französisches Zollbureau eröffnet werden. Nun — man wird ja erfahren, was dahinter steckt...

Dr. Arnold Lätt, Sekretär der Neuen Helvetischen Gesellschaft in London trat zurück (s. S. 360).



Alt Bundesrat Emil Frey, Direktor des internationalen Büros der Telegraphenverwaltungen trat auf Anfang Juni von seinem Posten zurück.

Nicht ohne Genugtuung haben wir in der Presse gelesen, Karl von Habsburg gedenke die Schweiz im Laufe des Monats August zu verlassen. Er tut gut daran; denn Leute, die unser Asylrecht zur Vorbereitung von Staatsstreichen mißbrauchen, haben dieses Recht verwirkt.

Das Resultat der eidgenössischen Volksabstimmung entsprach den Erwartungen. Allerdings: in dem geringen Prozentsatz der zur Urne Gegangenen äußert sich eine bedauerliche Gleichgültigkeit. Die gesetzliche Regelung des Auto- und Luftverkehrs ist somit dem Bunde übertragen worden, und zwar errang die Vorlage über den Automobil- und Fahrradverkehr 202,950 Ja gegen 134,402 Nein; angenommen haben sie 15½, verworfen 6½ Stände. Die Vorlage über die Regelung der Luftschiffahrt wurde von 20½ Ständen gegen 1½ mit 206,949 gegen 124,424 Stimmen angenommen. Verworfen haben: Luzern, Unterwalden, Zug, Freiburg, Appenzell J.-Rh., Graubün-

den und Wallis im ersten, Appenzell J.-Rh. und Graubünden im zweiten Fall. Die Automobilgegnerschaft der Graubündner machte sich in der wuchtigen Zahl von 10,729 Ja gegen 3781 Nein deutlich bemerkbar. H. M.-B.

Totentafel. (16. April bis 9. Mai 1921). In Zürich ist am 16. April die auch in Deutschland und der Schweiz hochgefeierte Opernsängerin Ottilie Ottiker im Alter von fast 71 Jahren gestorben. 1850 als Tochter Oberrichter Ottikers in Uster geboren, wandte sie sich frühzeitig der Gesangskunst zu und studierte in Genf und München. Auf den Bühnen von Mannheim (1881 bis 1887), Köln und Halle feierte sie beispiellose Erfolge. Auf Gastspielreisen, die sie auch nach Berlin führten, kam sie öfters nach Zürich. Als Katharina in der Oper „Der Widerspenstigen Zähmung" von Goetz, als Undine in Lortzings gleichnamiger Oper und als Gretchen in Gounods Werk bleibt sie unvergeßlich. Wenn sie in Mannheim auftrat, verließen die Heidelberger Studenten ihre Kneipen, um in Scharen hinüberzufahren, den geliebten Stern zu bewundern. Ottilie Ottiker wirkte auch eine Reihe von Jahren als vorzügliche pädagogische Gesangskraft in unserer Stadt, wohl ein Rätsel für manchen, der Kunst und Lehramt als unvereinbare Gegenpole betrachtet. „Die Dekadenz meiner Stimme will ich nicht erleben," sagte sie und zog sich im Alter von nur vierzig Jahren von der Bühne vollständig zurück. Am 8. März 1895 trat sie in einer Aufführung der „Widerspenstigen Zähmung" am Zürcher Stadttheater zum letztenmal auf.

In Zürich starb im Alter von 75 Jahren am 30. April der Senior der Zürcher Journalisten, Hermann Furrer, als Berichterstatter über Parteiversammlungen, sowie über Kantons- und Stadtratssitzungen bei vielen Schweizer Blättern sehr geschätzt. Viele Jahre lang redigierte er den „Zürcher Bauer"; lange Jahre war er Chef des Bureaus Zürich der Schweiz. Depeschenagentur.

Montag, den 2. Mai, starb in Zürich alt Regierungsrat J. Lutz nach längerer Krankheit im 76. Altersjahre. Der Verstorbene ist aus dem Lehrerstand hervorgegangen und stand der kantonalen landwirtschaftlichen Schule „Strickhof" von 1885 bis 1897 als Direktor vor. Von 1897 bis 1901 war er Stadtrat von Zürich, von 1901 bis 1919 Regierungsrat. Im Jahre 1905 wurde Lutz auch in den Nationalrat gewählt, wo er den Kanton Zürich bis zu den Neuwahlen im Herbst 1919 vertreten hat. Seit 1896 war er Präsident der Schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft. Lutz gehörte zur demokratischen Partei.

Am 5. Mai ist in St. Gallen alt Landammann J. Hauser, 68 Jahre alt, gestorben. Als Nachfolger von Ständerat Meßmer trat er im Jahre 1912 in die Regierung ein, in der er bis 1918 das Finanzdepartement leitete. Vorher war er ein vielgesuchter Rechtsanwalt.

In Zürich verschied am 7. Mai im Alter von 59 Jahren der langjährige Direktor der Zürcher Glühlampenfabrik, C. Ed. Escher-Pestalozzi.

In Lugano starb Sonntag, 9. Mai, alt Eisenbahnersekretär Remo Patocchi. Der Verstorbene wurde letztes Jahr in den Luganeser Stadtrat und in den Nationalrat als Vertreter der Sozialisten gewählt. Er hatte jedoch auf das Nationalratsmandat zugunsten von Canevascini verzichten müssen.

Am selben Tage ist in Lausanne nach achttägigem Krankenlager Bundesrichter Dr. Picot verschieden, der unseren höchsten Gerichtshof in den letzten zwei Jahren präsidierte. Picot ist 1853 in Genf geboren. Er studierte an den Universitäten von Paris, Leipzig und Heidelberg und doktorierte in Heidelberg. Nach zweijähriger Tätigkeit auf der schweizerischen Gesandtschaft in Paris kehrte er nach Genf zurück. Hier war er erst Substitut des Generalstaatsanwalts und nachher Mitglied des Appellationsgerichtshofs. Im Dezember 1904 erfolgte seine Wahl ins Bundesgericht. Mit Ausnahme der beiden Präsidialjahre gehörte er immer der ersten Zivilabteilung an. Im Militär war Picot Oberst der Artillerie. Politisch gehörte er zur liberalkonservativen Partei.

Dr. Arnold Lätt

Nachdem Dr. A. Lätt vier Jahre als Sekretär der Neuen Helvetischen Gesellschaft in London tätig gewesen ist, hat er im Januar 1921 seine Demission eingereicht, um im April nach der Schweiz zurückzukehren. Wer Dr. Lätt in seinem Berufe kannte, schätzte sein tiefes Wissen und seine große Einsicht, seine ehrliche Offenheit und seinen feinen Takt. Dr. Lätt hat mit diesen seltenen Eigenschaften nicht wenig zu einem herzlicheren Verstehen zwischen der Schweiz und England beigetragen. Ganz besonders während des Krieges hat er mancherlei Spannungen ausgeglichen, teils durch seine ruhig-sachlich persönliche Erklärung, teils durch seine Auseinandersetzungen in der Presse, in denen er mit tiefem Ernst und feinem Humor den Argumenten den richtigen Ton verlieh. Dr. Lätt verband warme Vaterlandsliebe mit gründlichem Verständnis und einer gerechten Einschätzung auch für dieses Land, in dem er schon früher Studien gemacht hatte. Wer Dr. Lätt hier als Menschen kannte und als Freund, der bedauert tief den Weggang dieses Vertreters einer wahrhaft vornehmen Gesinnung und eines großen menschlichen Verstehens. A. H. Reutiner, London.

Redaktion: Hans Müller-Bertelmann, Zürich. Druck der Buchdruckerei Berichthaus, Zürich.
Alleinige Inseraten-Annahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich, Basel, deren Filialen u. Agenturen.

Dante Alighieri.

(28 [?] V 1265 - 14. IX. 1321)

Giotto di Bordone (1276—1337)

Bargello - Firenze